

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen Marburg auf die

Wahlprüfsteine des BUND OV Marburg zur Kommunalwahl in Marburg 2026

Energie und Klimaschutz

Was sind Ihre Vorstellungen für die klimaneutrale Bereitstellung von Wärmeenergie in Marburg? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?

Welche Rolle kommt Ihrer Meinung nach der Fernwärme dabei zu? Wie sehen Sie die Zukunft des weiterhin fossil betriebenen Heizkraftwerks am Ortenberg und des Marburger Gasnetzes?

Was sind Ihre Pläne für den weiteren Ausbau der Solarenergienutzung in Marburg? Wie beurteilen Sie die Anlage von Solarparks auf vorher landwirtschaftlich genutzten Flächen? Bekennen Sie sich zu einer Priorisierung des Ausbaus auf bereits versiegelten Flächen? Wenn ja, wie wollen Sie diesen fördern und vorantreiben?

Antwort Grüne:

Wir wollen in Marburg insgesamt die Klimaneutralität erreichen. D.h., wir wollen auf die CO₂-emittierenden fossilen Energien letztlich vollständig verzichten. Dazu müssen wir unser Energieversorgungssystem in seiner Gesamtheit auf erneuerbare Energien umstellen.

Deshalb verfolgen wir eine Gesamtstrategie, die alle Energieverbrauchssektoren Gebäudewärme, industrielle Prozesse, Verkehr und die bisherigen Stromverbräuche strategisch adressiert.

Ein Teil dieser strategischen Arbeit ist die kommunale Wärmeplanung, die gerade erarbeitet wird. Das Ergebnis wird zeigen, welche Teile Marburgs zukünftig mit einem zentralen Wärmenetz versorgt werden können und für welche Gebäude die Eigentümer letztlich selbst für eine klimaneutrale Wärmeversorgung sorgen müssen.

Für den Teil der Fernwärme haben die Stadtwerke bereits einen Transformationsplan zur schrittweisen Dekarbonisierung der Fernwärme erstellt. Ein wichtiger Teil dieses Plans besteht darin, das Heizkraftwerk Ortenberg durch Abwasserwärmepumpen und Wärmepumpen, die die Wärme des oberflächennahen Grundwasserleiter nutzen, zu ersetzen.

Um das Stromsystem insgesamt auf erneuerbare Energien umzustellen, werden unsere Stadtwerke auf den Lahnbergen Windenergieanlagen errichten. Die Genehmigungsanträge sind bereits eingereicht, eine Betriebsgesellschaft, die auch eine Beteiligung über eine Bürgerenergiegenossenschaftliche Beteiligung ermöglicht, ist gegründet. Mit diesen Windenergieanlagen werden wir 100 Mio. kWh pro Jahr erzeugen und damit einen erheblichen Anteil unseres künftigen Strombedarfs zu günstigen Preisen decken.

Einen weiteren wichtigen Anteil werden PV-Anlagen auf Gebäuden und über bereits versiegelten Flächen liefern. Unterstützt durch unsere Förderprogramme hat sich in der zurückliegenden Wahlperiode in Marburg die installierte PV-Leistung verdoppelt. Wir sehen hier noch ein erhebliches Ausbaupotenzial, das wir u.a. durch die aktive Unterstützung der Einführung des Energy Sharings heben wollen.

Die Analyse zeigt allerdings auch, dass es nicht ausreichen wird, den Bedarf an erneuerbaren Energien zu decken, wenn wir nicht auch noch eine erhebliche Strommenge mit Freiflächen-PV-Anlagen produzieren. Dazu haben wir bereits in der vergangenen Wahlperiode eine Karte von Potenzialflächen erstellt und unter anderem nach naturschutzfachlichen Aspekten priorisiert und die Nutzung von wertvollem Grünland ausgeschlossen. Dabei sind die Freiflächen-PV so anzulegen, dass aus artenarmen Intensiväckern artenreiche extensive Wiesen entstehen. Diese sollen, wenn möglich, per Beweidung auch noch landwirtschaftlich genutzt werden.

Naturschutz und Flächenverbrauch

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Biodiversität im Stadtgebiet zu fördern? Stehen Sie hinter der geplanten Ausweisung des Heiligen Grunds und des Hasselbergs als „Geschützter Landschaftsbestandteil“? Wie wollen Sie sicherstellen, dass die in städtischer Verantwortung befindlichen Schutzgebiete ihren naturschutzfachlichen Wert behalten bzw. verbessern? Haben Sie vor, in der nächsten Wahlperiode eine kommunale Biodiversitätsstrategie zu entwickeln, wie es z.B. die Stadt Mannheim derzeit macht?

Wie wollen Sie die von der EU-Wasserrahmenrichtlinie geforderte Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustands für die Lahn und andere Fließgewässer im Stadtgebiet erreichen? Welche konkreten Maßnahmen in dieser Hinsicht planen Sie? Dazu gehört zwingend die Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Lahn für Wanderfische. Wie wollen Sie diese am Grüner Wehr herstellen? Welchen Zeitrahmen sehen Sie dafür vor?

Wie stehen Sie zum weiteren Wachstum von Siedlungs- und Gewerbegebieten in den Außenbereich hinein? Welche Bedeutung haben für Sie dabei Kaltluftentste-

hungsflächen und Frischluftschneisen? Wie sehen Sie konkret die Pläne für ein Bau-
gebiet auf dem Hasenkopf? Wie beurteilen Sie einen weiteren Ausbau des Pharmas-
tandorts am Görzhäuser Hof, insbesondere über Görzhausen III hinaus? Wie positio-
nieren Sie sich zur Anwendung des „Bauturbos“ in Marburg, insbesondere im Außen-
bereich?

Antwort Grüne:

Nach der erfolgreichen Unterschutzstellung der Fläche „Schülerhecke/Soldaten
graben“ haben wir im letzten Jahr das Verfahren gestartet, auch den „Heiligen
Grund“ als „Geschützten Landschaftsbestandteil“ auszuweisen,

Die städtische Verantwortung zum Erhalt der Schutzgebiete sehen wir ebenfalls. Wir
wollen die wertvolle ehrenamtliche Arbeit durch eine regelmäßige städtische
Förderung unterstützen und diese Unterstützung in der Aufgabenorganisation und
dem Haushalt der Stadt fest verankern.

In der vergangenen Wahlperiode sind wir dem „Netzwerk der Kommunen für die
biologische Vielfalt“ beigetreten, um im fachlichen Austausch mit anderen
Kommunen, unsere Kenntnisse und unseren Maßnahmenkatalog zur Förderung der
Biodiversität ständig auf hohem Niveau zu halten bzw. zu erweitern. Die Anregung
bzgl. der Biodiversitätsstrategie der Stadt Mannheim werden wir aufgreifen und uns
anschauen, ob so etwas auch für Marburg gewinnbringend ist.

Die Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie an der Lahn und
ihren Nebenflüssen haben wir in der Vergangenheit und werden wir auch in Zukunft
kontinuierlich vorantreiben. Aufgrund der hohen Fördermittel und der
europarechtlichen Verpflichtung werden diese Maßnahmen auch nicht von etwaigen
Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts betroffen sein.

Zur Herstellung der linearen Durchgängigkeit am Grüner Wehr wird eine völlig neue
Planung zu erstellen sein, die den Anforderungen ‚denkmalgerecht‘ und
‚gewässerökologisch nach neuesten Erkenntnissen fachgerecht‘ gleichermaßen
gerecht werden muss. Wie das gelingen kann, wird ein interdisziplinäres Team von
Fachplanern entwickeln müssen.

Für die weitere Ausweisung von Wohn und Gewerbegebieten muss der Grundsatz
Innen- vor Außenentwicklung an vorderster Stelle stehen. Von der baulichen
Innenentwicklung müssen selbstverständlich die Frischluftschneisen ausgenommen
bleiben und freigehalten werden. Eine gesamtstädtische Lokalklimaanalyse, die die
entsprechenden Flächen darstellt, wurde in der zurückliegenden Wahlperiode erstellt
und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Die Entwicklung am Hasenkopf sehen wir kritisch. So ist bislang die verkehrliche Anbindung noch nicht befriedigend geklärt. Zum anderen bestehen erhebliche Zweifel, dass aufgrund der Baupreisentwicklung einerseits und der finanziellen Situation der Stadt andererseits bei Umsetzung des anspruchsvollen Baukonzepts hier überhaupt bezahlbarer Wohnraum entstehen kann.

Der Pharmastandort Görzhausen besitzt innerhalb der Bereiche Görzhausen I und Görzhausen II noch erhebliche Innenverdichtungspotenziale. Wenn die Optionsbindung von Görzhausen III erloschen ist, wird dieses auch wieder als nach außen hin darstellbares Erweiterungspotenzial dienen können. Eine Beplanung der Fläche, Görzhausen IV wollen wir grundsätzlich nicht. Deshalb haben wir auch die Belegung mit einer PV-Freiflächenanlage vorangetrieben.

Der „Bauturbo“ ist ein sehr rigoroses Instrument, das man nur sehr behutsam und nur in sehr speziellen Fällen im Innenbereich zur Beschleunigung einvernehmlicher Wohnbauvorhaben verwenden sollte. In einer befristeten Vorgabe für die Stadtverwaltung haben wir die Anwendung des „Bauturbos“ im Außenbereich ausgeschlossen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Außenbereich auch künftig ausgeschlossen bleibt.

Verkehr

Wie gedenken Sie, die Mobilität der Menschen zu verbessern, die sich zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen wollen oder auch müssen? Eine überraschend hohe Bereitschaft zu Veränderungen wäre da, insbesondere in den Kernbereichen der Stadt, die vor allem durch den sogenannten Parkdruck belastet sind. Seit dem Beschluss von MoVe35 sind lediglich Teile von Maßnahmen umgesetzt worden, deren Planung mehr als 10 Jahre zurückreicht. Wie schaffen Sie den Schritt in Richtung einer nachhaltigen Zukunft?

Der Firmenstandort „Görzhausen“ im Westen der Stadt ist mit den Mitteln des Umweltverbunds immer noch schwer zu erreichen, weil viel zu wenige Busverbindungen bestehen und über einen Radweg nur gesprochen wird. Wie wollen Sie den Standort angemessen, auch in der Nachtschicht, erschließen?

Antwort Grüne:

Wir denken Mobilität ganzheitlich und wollen die Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen berücksichtigen – ob Kinder, Studierende, Berufstätige, Menschen mit Behinderung oder ältere Menschen. Ziel dabei ist, die unterschiedlichen Verkehrsformen so gut wie möglich baulich voneinander zu trennen und damit die Sicherheit insbesondere für Fußgänger*innen und Radfahrende zu erhöhen. Dabei

geht es nicht nur um die Gefährdung von Fußgänger*innen und Radfahrenden durch Autos, sondern auch um Gefährdungskonstellationen zwischen Radfahrenden und Fußgänger*innen. Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Kreuzung bei der Fußgängerampel gegenüber dem Oberstadtaufzug. Die gefährliche Kreuzung des Rad- und Fußgängerwegs wollen wir vermeiden.

Wir wollen den Radverkehr mit Nachdruck fördern. Beispielsweise durch durchgängige Radwege durch das Schulzentrum, etwa über Pilgrimstein, Rudolphsplatz, Schulstraße, Wilhelmstraße bis zum Schulzentrum. Auch durch den Ausbau von Fahrradstraßen und dem Bau der Fahrrad- und Fußgängerbrücke zwischen den Afföllerwiesen und dem Wehrdaer Weg wollen wir das Radfahren in Marburg weiter ausbauen und verbessern. Durch mehr Ampeln, die speziell auf die Bedürfnisse von Radfahrenden ausgelegt sind und durch den erweiterten Einsatz von „Grünpeilschildern“ wollen wir die Sicherheit auf den Wegen erhöhen.

Für Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, wollen wir die Ampelschaltungen von Fußgängerampeln modernisieren. Dabei wollen wir gezielt auf längere und häufigere Grünphasen achten. Bereiche wie „Am Grün“ oder die Querung von der Alten Universität zur Haltestelle Rudolphsplatz müssen dabei besonders berücksichtigt werden. Auch unsere Wege müssen angepasst werden. Im Zentrum steht dabei für uns eine sichere Querung am Firmeneplatz. Falls nötig müssen auch Fahrstreifen oder Parkplätze angepasst werden, um breitere und damit sichere Fußwege zu schaffen, die auch Menschen mit Rollator, im Rollstuhl oder mit Kinderwagen problemlos benutzen können. Auch Bodenleitsstreifen für Menschen mit Sehbehinderung sind für uns ein essentieller Bestandteil für sichere Gehwege. Wir wollen mehr schattige Sitzgelegenheiten schaffen, um auch für ältere Mitmenschen, die häufiger Ruhepausen benötigen, den Weg zu Fuß möglich zu machen.

Unser Ziel für den ÖPNV ist, den bereits beschlossenen Nahverkehrsplan zügig umzusetzen. Dabei setzen wir auf einen 15-Minuten Takt in der Innenstadt und einen 30-Minuten Takt in den Außenstadtteilen. Außerdem wollen wir einen neuen Ringbusverkehr für die östlichen und westlichen Stadtteile einführen. Zentral ist dabei die bessere Abstimmung der Buslinien mit den Ankunfts- und Abfahrzeiten der Züge an den Bahnhöfen, sodass die Attraktivität besonders für Pendler*innen steigt. Für schnelle Verbindungen zwischen großen Stadtteilen und dem Zentrum, wie zwischen Cappel, Wehrda und der Innenstadt, bieten sich die B3 und andere direkte Routen an. Für uns ist wichtig, dass der Nahverkehr barrierefrei ist: mehr Platz für Kinderwagen, Rollatoren und Fahrräder, größere Mehrzweckbereiche in Bussen und eine gute Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern – besonders auf die Lahnberge und in den Stadtwald. Auch ein attraktives Nachbusangebot, welches möglichst viele Stadtteile mit einbezieht und die Möglichkeit bietet auch zwischen Haltpunkten

auszusteigen, soll die Nutzung des ÖPNV weiter verbessern. Ebenso planen wir einen Verkehrsversuch für kostenlosen ÖPNV von den Bahnhöfen in die Altstadt, um die Nutzung weiter zu steigern. Auch die Verbindung über die Stadtgrenzen hinweg insbesondere im Landkreis muss besser werden. Dafür setzen wir auf gute Zusammenarbeit mit dem Kreis und den umliegenden Kommunen. Aber auch der überregionale Bahnverkehr ist für uns ein Herzensthema. Besonders die Nahverkehrszüge nach Frankfurt und Kassel sind an ihrer Kapazitätsgrenze und das Angebot muss dringend ausgebaut werden. Denkbar ist hier ein S-Bahn ähnliches Angebot für Mittelhessen mit einer Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, wie die Salzböde- und Ohmtalbahn. Wir treten entschieden dafür ein, dass die Einschränkungen im Fernverkehr mit ICE und IC zurückgenommen werden – mindestens hin zu den früheren zweistündigen Halten in Marburg.